

# Bottroper Berichte

## Informationen der Ratsgruppe **DIE LINKE**. Bottrop

Januar 2012

### Horrorhaushalt Die Stadt Bottrop spart sich kaputt.

Würde man Bottrops Haushaltsfehlbetrag von 40000000 Euro in 50-Euro-Scheinen aufeinanderstapeln, ergäbe das einen Turm von 80 Metern. Das ist doppelt so hoch wie der Aussichtspunkt des Tetraeders in Bottrop. Und 20 Meter höher als der ganze Tetraeder. Bei einem Gewicht von 1,02 Gramm pro Schein, ist das ein Geldhaufen mit einem Gewicht von 81,6 Kilo. Würde man die Scheine aneinanderreihen, ergäbe sich eine Strecke von 560 Kilometern, länger als die Strecke von Bottrop nach Paris. Diese Strecke entspricht einem dreizehnfachen Marathon und ist selbst für einen Marathonläufer wie Oberbürgermeister Tischler nicht an einem Stück zu schaffen.

Die Kommunalpolitik in Bottrop hat sich 1994 - seitdem es defizitäre Haushalte in Bottrop gibt - auf diesen Marathon begeben. In diesen 16 Jahren sind schon 27 Millionen eingespart worden. Es ist die Parole ausgegeben worden „Alles muss auf den Prüfstand“. Dies fordern sowohl SPD, CDU, FDP und in besonderem Maße auch die ÖDP. Außenstehende können die Haushaltskonsolidierungsprogramme, Entschuldungskonzepte und Nachtragshaushalte schon nicht mehr nachvollziehen.

Hinter der Haushaltskonsolidierung sollte aber doch ein Ziel stecken, eine Strategie, ein Plan. Es soll ein ausgegli-

#### Kein Plan, keine Strategie

chener Haushalt, verbunden mit dem Abbau von Schulden, erreicht werden und dann am Ende eine wirtschaftliche Kommune stehen. Soweit die Logik der Sparkommissare.



Die Gründe für die Bottroper Misere liegen aber vor allem in der stetigen Umverteilung von zusätzlichen Aufgaben zu Ungunsten der Kommunen, im Besonderen um teure Wahlgeschenke von Union und SPD zu finanzieren. Zeitgleich wurden die einzigen Einnahmequellen der Kommunen weiter reduziert.

Hier tut sich besonders die Klientel-Partei der Besserverdienenden und Hoteliers - die F.D.P. - hervor, indem sie eine Abschaffung der Gewerbesteuer fordert. Das Gegenteil wäre richtig: Die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzierungssteuer, wie es der Landtag NRW in einer auf Antrag der Linken beschlossenen Resolu-

tion fordert, damit auch Rechtsanwälte, Steuerberater und Ärzte für Infrastrukturleistungen zahlen.

Die Bottroper-Kuschelkoalition aus SPD und CDU stimmt sämtliche unsocialen Kürzungsbeschlüsse durch und wird dort wahlweise von FDP und ÖDP unterstützt. Da wird dann eine pauschale Kürzung in allen Bereichen beschlossen, ohne eine Gewichtung der einzelnen Bereiche vorzunehmen. Da soll im Jugendbereich genauso viel gekürzt werden wie im Bereich der Inneren Verwaltung. Das ist nicht das Gießkannen sondern das Staubsaugerprinzip. Funktionierende Infrastruktur, wie die Bücherei Boy werden geschlossen und den Bürgerinnen und Bürgern wird immer mehr ins Portemonnaie gegriffen. Die Grundsteuer, die Hundesteuer und weitere Gebühren wurden erhöht. Stattdessen wird das Millionenprojekt Flugplatz Schwarze Heide ohne Rücksicht auf Verluste durchgezogen. In der vagen Hoffnung auf Ansiedlung von Gewerbe. Das ist für uns und für viele andere nicht mehr nachvollziehbar.

Wenn die Stadt Bottrop in drei Jahren ihr komplettes Eigenkapital aufgebraucht kommt der nächste Hammer, wenn nämlich im Bergbau die Lichter ausgehen. Hier wird mal wieder eine weltweit füh-

[Weiter auf Seite 2](#)

### Standpunkt:



Ein gefährlicher Trend macht sich auch in Bottrop breit. Wie schon bei

der Umsiedlung des durch Spekulationen in Problemerateten Autohauses ProCar und der damit verbundenen Aufgabe der Frischluftschneise vor dem Marienhospital, hat die SPD-Fraktion bei der Abstimmung zur Begrenzung der verkaufsoffenen Sonntage bewiesen, wie leicht sie unter dem Einfluß von Lobbyisten ihre Meinung ändert. So war sie in Sachen ProCar anfänglich auch strikt gegen eine Baugenehmigung. Nach einem Treffen mit der ProCar Geschäftsleitung erklärte Ratsherr Gödert (SPD) dann, man werde nun doch mit Bauchschmerzen zustimmen. Dann folgte der Rückzieher bei der Entscheidung zu den verkaufsoffenen Sonntagen auf Druck des Einzelhandelsverbandes und des Möbelkonzerns Ostermann. Zwar hat die SPD dann doch noch mal die Kurve gekriegt und für eine Eindämmung gestimmt, das vorherige Verhalten im Hauptausschuss zeigt aber ganz deutlich, wie anfällig die Genossen für Druck aus der Wirtschaft sind. Ich hoffe, die seit 63 Jahren in Bottrop regierende Sozialdemokratie verabschiedet sich nun endgültig von ihrer Bauchschmerzpolitik und bewertet ein Bürgerbegehren mit über 6000 Unterschriften in Zukunft grundsätzlich höher, als die Profitinteressen einzelner Konzerne.

Christoph Ferdinand

Technologie geopfert. DIE LINKE war hier die einzige Partei, die sich sowohl im Landtag als auch im Bottroper Rat für einen Sockelbergbau nach 2008 eingesetzt hat. Auch die Genossen von der SPD fielen mal wieder um. Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenzahlen und damit ein weiterer Anstieg der Sozialausgaben ist zu befürchten. Hier steckt ein weiterer Fehler im System und diesen haben die Hartz IV-Parteien CDU, SPD und Grüne zu verantworten. Hartz IV-Empfänger erhalten nur unzureichende Heizkostenpauschalen und Unterkunftskosten und müssen diese dann gerichtlich einklagen.

Die Energiekonzerne machen enorme Gewinne und erhöhen gleichzeitig die Preise, statt einen günstigen Stromtarif für Menschen mit geringem Einkommen bereitzustellen, wie dies z.B. in Belgien schon geschieht.

Es sind immer wieder Bundes- und Landesentscheidungen, die sich finanziell direkt oder indirekt auf die Kommunen auswirken. Die Kommunen stecken in der Vergeblichkeitsfalle. Wie Adorno so schön sagte: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“. Selbst wenn sämtliche freiwilligen Leistungen von heute auf morgen gestrichen würden, könnte die Verschuldung nicht vermieden werden, da schon die Zinszahlungen alleine, deutlich höher sind als dieser Betrag.

Es kann allenfalls darum gehen, unsinnige Ausgaben zu vermeiden, wie unserer Ansicht nach im Falle Flugplatz Schwarze Heide, beim Ausbau der B224 oder auch beim überflüssigen „StadtLicht“-Konzept. Oder aber, man erschließt neue Einnahmequellen, dies kann für uns LINKE die Gemeindefischsteuer sein die endlich auch Rechtsanwälte, Steuerberater und Ärzte mit in die Verantwortung nimmt. Die Kürzungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich sind für uns aber keinesfalls hinnehmbar.

Dieser Haushaltsentwurf ist unsozial und belastet insbesondere die Geringverdiener. Daher unterstützt die LINKE jeglichen außerparlamentarischen Widerstand von Initiativen, Verbänden und Gewerkschaften.

(CF)

## Atomtransporte durch Bottrop Stadtspitze ist nicht informiert

Fukushima ist weit weg, werden viele sagen. Aber wussten Sie, dass - weitgehend unbemerkt von der Bevölkerung - in der Vergangenheit schon einige Atomtransporte über Bottroper Stadtgebiet liefen ?

Das Forschungszentrum Jülich hat beim Bundesamt für Strahlenschutz beantragt, bis 2013 insgesamt 152 Castor-Behälter mit rund 300 000 hochradioaktiven Brennelementkugeln, nach Ahaus zu transportieren. Im Gespräch sind sowohl Bahn- wie Straßentransporte.

### 152 Castor-Behälter sollen rollen

Die Verkehrswege Richtung Ahaus - sowohl Schiene wie Straße - legen es nahe, dass alle diese Atommülltransporte über Bottroper Stadtgebiet rollen werden.



Dadurch würde sich für die Bottroper Bevölkerung eine große Gefährdung ergeben, sollte es z. B. auf der Autobahn A2/3 oder auf der Bahnlinie Duisburg-Oberhausen-Bottrop zu Unfällen mit dem radioaktiven Atommüll kommen.

Die Ratsgruppe DIE LINKE stellte daher schon im April 2010 im Rat einen Antrag, um sich gegen die Atomtransporte über Bottroper Stadtgebiet auszusprechen.

Die Antwort der Stadtverwaltung war erschreckend. Die Stadt wird - aus Sicherheitsgründen - nicht über die Transporte informiert. Ein pervernes Sicherheitsverständnis welches mit der Gesundheit aller Bürger und Bürgerinnen spielt.

(CF)

## „Sozialticket“ oder Mogelpackung? Mobilität bleibt ein teures Gut

Das was die Stadtverwaltung im Auftrag des VRR am 4. Oktober im Rat abstimmen ließ, ist angeblich die Teilnahme an einem Pilotprojekt eines sogenannten „Sozialtickets“.

Das dem so nicht ist und es auch den Namen „Sozialticket“ nicht verdient, wird nach näherer Betrachtung deutlich. Dies liegt zunächst einmal an den Kosten von knapp 30 €. DIE LINKE ist mit ihrer Forderung eines 15€-Sozialtickets, zeitunbeschränkt mit Mitnahmemöglichkeiten Abends und am Wochenende, lange Zeit von großen Teilen der SPD und Grünen unterstützt worden. Doch wie so oft sind SPD und Grüne eingeknickt.

Was abgestimmt wurde, wird über 90 % der potenziellen Nutzer aufgrund des Preises von vornherein ausschließen. Er beträgt das Doppelte von dem was im Hartz IV-Satz für Nahverkehr vorgesehen ist. Allein deshalb ist der Name „Sozialticket“ schon zynisch.

Der Preis wird von den Befürwortern als unumstößlicher Mindestpreis dargestellt, ohne den das Ticket für den VRR nicht finanzierbar wäre. Die Ausgangslage ist faktisch aber eine andere. Zunächst einmal wird sowieso jede am Automaten gezogene Karte des VRR bezuschusst. Dies gilt auch für jedes Abo und jede Werbemaßnahme. Die Einnahmen aus Ticketverkäufen beliefen sich beim VRR im letzten Jahr auf circa 1 Milliarde Euro. Dies hört sich viel an, macht aber nur knapp die Hälfte, nämlich 48 Prozent, der Gesamtausgaben aus.

Diese notwendigen Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr wird niemand in Zweifel stellen.

Deshalb war bei der Abstimmung auch allen Fraktionen klar: Mit der Einführung eines Sozialtickets entstehen Mindereinnahmen. Diese Mindereinnahmen entstehen, wenn man auf Basis der jetzigen VRR-Preise rechnet. Diese Zahlenakrobatik hat nur leider mit sozial- und verkehrspolitischen Notwendigkeiten nichts zu tun.

Mindereinnahmen entstanden auch bei der Einführung des Barentickets für Seniorinnen und Senioren, beim Schoticket für Schülerinnen und Schüler,

beim Job-Ticket für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und beim Semesterticket für Studenten und Studentinnen.

Das Schokoticket bringt dem VRR allein über 150 Millionen Mindereinnahmen im Jahr ein. Beim Barenticket sind es 30 Millionen. Wenn dies das einzige Kriterium wäre, hätte der Stadtrat den politischen Vertretern im VRR verbieten müssen, dafür zu stimmen. Dies ist aber nicht geschehen, mit der Begründung man dürfe nicht nur die Mindereinnahmen sehen, sondern auch die steigenden Nutzerzahlen.

Diese Betrachtungsweise ist in der Tat sinnvoll, denn von den günstigen Tickets profitieren Schüler, SeniorInnen, Studierende und ArbeitnehmerInnen in erheblichem Maße. Diese Tickets wird auch im Bottroper Rat niemand ernsthaft in Frage stellen.

Warum wird aber nun ausgerechnet bei der Einführung eines Sozialtickets, von dem vor allem Erwerbslose profitieren würden dieses betriebswirtschaftliche Argument der Mindereinnahmen angeführt?

Es wäre doch genauso einfach für den VRR gewesen die Einführung eines echten Sozialtickets mit Mindereinnahmen von circa 50 Millionen zu beschließen. Vor allem vor dem Hintergrund der Erlöse aus Fahrkartenverkäufen von circa 1 Mrd. Euro im Jahr.

### Eine Milliarde Einnahmen

Für DIE LINKE wird hier deutlich, ein echtes Sozialticket ist offensichtlich nicht gewollt.

Klar ist, Ticketpreise sind politische Preise, und es gibt neben betriebswirtschaftlichen Aspekten noch eine Menge soziale, ökologische und verkehrspolitische Argumente, die alle für ein Schokoticket, ein Bären-, Semester- und Job-Ticket sprechen, die aber eben auch für ein Sozialticket sprechen.

Das was zur Entscheidung vorlag, war ein politischer Beschluss der lediglich betriebswirtschaftliche Argumente anführt, welche durch nichts bewiesen wurden. Dies hatte der VRR und die

Aufsichtsorgane der Nahverkehrsunternehmen so festgelegt.

Es ist zu befürchten, dass die Beschlussvorlage, so wie sie ist, zum Scheitern verurteilt sein wird. Zunächst ist der Preis von 30 € für die meisten Menschen mit geringem Einkommen nicht finanzierbar. Dies wird durch die Erfahrungen welche in Dortmund mit dem Sozialticket gemacht wurden belegt. So betrug die Nutzerquote bei dem 15€ Sozialticket noch 25%, es wurden 24.000 Kundinnen erschlossen, und die Einnahmen der Dortmunder Verkehrsbetriebe stiegen parallel von 139,2 Mio. im Jahr 2008 auf 143,3 Mio. im Jahr 2009. Die Betriebskosten des Unternehmens stiegen nicht. Nur durch die Abgaben an den VRR entstand ein rechnerisches Defizit.



Nach der Preiserhöhung ging die Nutzerzahl auf 6,5 % herunter. Übrig geblieben sind nur die Vielfahrer die ansonsten ein normales Ticket gekauft hätten. Genau für diese ist das heute vorliegende 30€-Ticket von Vorteil, nur nicht für diejenigen die es sich bisher auch nicht leisten konnten. Im Ergebnis ist die Zahl der Sozialticketabnehmer auf 8.000 gesunken, und die Einnahmen gingen um mehr als 8 Mio. Euro im Jahr 2010 zurück. Diese Verluste sind offensichtlich einkalkuliert, um die Einführung eines echten Sozialtickets nach 14 monatiger Testphase endgültig beerdigen zu können. Wir sagen dem 30-Euro-Ticket eine Nutzerquote von maximal 10 % voraus und hören schon die Grabreden der Verantwort-

lichen, dass der Bedarf zu gering sei, um den erhöhten administrativen Aufwand zu rechtfertigen.

Ein weiterer Aspekt für Bottrop als Nothaushaltskommune. Denn als solche darf Bottrop laut Regierungspräsident keine zusätzlichen Personalaufwendungen für Organisation und Verwaltung entstehen lassen. Dies kann doch nur bedeuten, dass es keine Mitarbeiterschulungen und keine Werbemaßnahmen geben wird. Dienst am Kunden und offensive Neukundengewinnung funktioniert anders. Diese Neukundengewinnung kann bei der beschlossenen Vorlage eigentlich auch nicht gewünscht sein, denn je mehr das Ticket in Anspruch nehmen würden, desto höher würde der rechnerische Verlust für die Kom-

munen, da CDU und Grüne in den Verhandlungen den Städten eine feststehende Ausgleichszahlung pro Ticket aufgebürdet haben. Übrigens unabhängig ob jemand Neukunde ist oder nicht!

DIE LINKE befürchtet durch die Einführung des Tickets ein gewolltes Scheitern.

Mit dieser Meinung ist DIE LINKE nicht allein. Auch der DGB-Vorsitzende Ruhr-Mark, Michael Hermund meint – ich zitiere : „Die Vorstände der Verkehrsbetriebe sollten ihre Rolle als Diener der Kommunen begreifen, von denen sie ca. 50 Prozent ihrer Einnahmen erhalten und sich nicht als ökonomische Besserwisser aufspielen“ .

Weiter auf Seite 4

## 4 | Aus dem Rat

Natürlich ist die Einführung eines 30€-Tickets anhand der aktuellen Preispolitik des VRR ein Fortschritt. Es ist aber bei weitem nicht das was DIE LINKE sich unter einem Sozialticket vorstellt.

(CF)

## Nachruf.

Wieder einmal hat es die politische Spitze in Bottrop geschafft, gegen den Willen seiner Einwohner, eine Stadtteilbücherei, diesmal in Boy, zu schließen. Während anderenorts ähnliche Projekte durch Auszeichnungen gewürdigt werden, werden in Bottrop gewachsene soziale Strukturen vernichtet.

Der Ortsteil Boy ist bekannt für seinen großen Anteil an Zuwanderern. Die Stadtteilbücherei wirkte Kultur verbindend über Generationen hinweg. Es gab Lesungen, Ausstellungen, Hausaufgabenhilfe und einen lebendigen Treffpunkt. Während allerorts von Integration geredet wird, scheint dies für die Stadtverwaltung, insbesondere die CDU und SPD, in Bottrop kein Thema zu sein.

### Integration ist kein Thema

Herr Wollek, Leiter des Kulturamtes, ist der Meinung, er könne mit seinem vermeintlich neuen Bibliothekskonzept den Verlust der Stadtteilbüchereien in Eigen und Boy gleichwertig ersetzen, indem er Lesungen in Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen und städtischen Einrichtungen statt finden lassen will. Wir meinen, das Rad muss nicht neu erfunden werden: Lesepaten gibt es seit Jahrzehnten in Schulen und Kindergärten. Eines der besten Mittel gegen Rechtsradikalismus und jede Art von Fundamentalismus ist ein reichhaltiges Bildungsangebot. Daher sehen wir mit Bedauern, wie eine über Jahrzehnte gewachsene gute Entwicklung, die nicht zu ersetzen sein wird, zunichte gemacht wird. Die Folgeerscheinungen könnten für uns alle teurer werden.

Ratsherr Sahin Aydin  
(Für DIE LINKE im Kulturausschuss)

## Für Sie im Rat, in der Bezirksvertretung und in den Ausschüssen:



### Christoph Ferdinand

#### Ratsmitglied

#### Diplom-Sozialarbeiter (FH)

Wohnt in Grafenwald und ist Sprecher der Ratsgruppe und vertritt DIE LINKE im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss im Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz und im Rechnungsprüfungsausschuss.



### Sahin Aydin

#### Ratsmitglied

#### Journalist & Fotograf

Wohnt in Vonderort und ist Stv. Sprecher der Ratsgruppe und vertritt DIE LINKE im Kulturausschuss. Aydin ist auch Stellv. Mitglied im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss und Stellv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss



### Dieter Polz

#### Bezirksvertreter

#### Schreiner

wohnt im Eigen und vertritt DIE LINKE in der Bezirksvertretung Mitte und im Bau- und Verkehrsausschuss

## Offene Hartz 4 - Sozialberatung

DIE LINKE in Bottrop bietet eine Sozialberatung in Zusammenarbeit mit dem Essener Rechtsanwalt Stefan Urbach an.

### SGB II (Hartz IV)

#### Asylrecht

#### Sozialrecht

**Jeden Freitag von 16:00 bis 18.00 Uhr  
und nach telefonischer Vereinbarung unter  
02041-5687110**



**Eine andere Politik  
ist möglich !!!**

**Mehr Infos unter:  
02041- 5687184**

**[www.dielinke-bottrop.de](http://www.dielinke-bottrop.de)**